



Presseschau vom 03.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 19:00 Uhr das Feuer in Richtung **Jasinowataja** mit Schützenpanzern eröffnet. Insgesamt wurden 60 Schüsse abgegeben.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an einer Gasleitung sowie an der Fassade, dem Dach und der Fensterverglasung eines Gebäudes in der Jesenin-Straße 11 festgestellt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden ermittelt.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin führte heute eine Arbeitssitzung durch, auf der Fragen der Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie erörtert wurden.

„Man kann sagen, dass die Tendenz in Richtung einer Zunahme der Zahl der Beschießungen und Zerstörungen geht, deshalb müssen natürlich alle Behörden und Ministerien mobilisiert werden, die für die Beseitigung der Folgen des Beschusses verantwortlich sind. Die Volksmiliz muss die Mechanismen und Möglichkeiten ausarbeiten, die auf der einen Seite nicht den Minsker Vereinbarungen widersprechen und es auf der anderen Seite erlauben, die Sicherheit sowohl der Bürger der DVR als auch jedes Soldaten zu gewährleisten“, erklärte das Republikoberhaupt.

An der Besprechung nahmen der Leiter der Administration des Oberhauptes der DVR Gennadij Lebed, der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow, der Leiter der Koordination der Volksmiliz Denis Sinenkow, Leiter von Ministerien und Behörden, Leiter der Verwaltungen von Städten und Bezirken der Republik teil.

Die Teilnehmer stellten Daten dar, die von der Zunahme der Spannung in der Konfliktzone zeugen. Insbesondere legte der Zivilschutzminister Alexej Kostrubizkij dar, dass **im Juni 2019 infolge von Geschosstreffern in der Republik mehr als 170 Wohngebäude und andere Gebäude, Lebenserhaltungsobjekte beschädigt wurden**. Nach Angaben der Vertretung der DVR im GZKK gab es vom **27. Mai bis 1. Juli 617 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der Armee Kiews.

„Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, eine Taktik des ‚schleichenden Angriffs‘ zu verwenden, um den Abstand zwischen den Positionen zu verringern und auf die Einheiten der Volksmiliz von ihren Positionen aus Druck auszuüben. Gleichzeitig erlauben es kluge Handlungen der Volksmiliz, die nicht über den Rahmen der Minsker Vereinbarungen hinausgehen, ihm nicht, diese Art von provokativen Handlungen durchzuführen“, sagte Sinenkow.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Libyen: Dutzende Opfer bei Luftangriff auf Flüchtlingslager**

Bei einem Luftangriff auf ein Flüchtlingslager in der libyschen Hauptstadt Tripolis sind laut Malek Merset, dem Sprecher des Gesundheitsministeriums, 40 Menschen getötet und 80 weitere verletzt worden.

„Bei einem Luftangriff auf ein Auffanglager im Vorort Tadschura sind 40 Migranten verschiedener afrikanischer Nationalitäten getötet und 80 weitere verletzt worden“, sagte Merset. Ihm zufolge sind weiter Rettungskräfte im Einsatz.

Die in Tripolis ansässige, von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte Regierung machte die von Marschall Khalifa Haftar angeführte Libysche Nationalarmee (LNA) für den Luftangriff verantwortlich und forderte die UN-Unterstützungsmission in Libyen (UNSMIL) auf, ein Untersuchungskomitee einzurichten.

Die LNA bestritt, den Luftangriff verübt zu haben.

Zuvor meldeten libysche Medien unter Berufung auf eine Erklärung des Leiters des Einsatzkommandos der LNA, Generalmajor Muhammad al-Manfur, dass die Luftwaffe der LNA eine Luftangriffsoperation in der libyschen Hauptstadt Tripolis angekündigt hätte. Die Zivilbevölkerung werde aufgefordert, sich keinen militärischen Objekten zu nähern, hieß es. In Libyen herrscht weiterhin eine politische Doppelherrschaft. Im ostlibyschen Tobruk tagt seit Anfang August das am 25. Juni 2014 gewählte und von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte Parlament, während im Westen die mit Unterstützung der Uno und der EU gebildete Einheitsregierung agiert. Die Behörden im Osten des Landes handeln unabhängig von Tripolis und kooperieren mit dem Befehlshaber der Libyschen Nationalarmee, Marschall Haftar, die einen langwierigen Krieg gegen Terroristen führt.

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt.

de.sputniknews.com: **US-Drohne spioniert stundenlang nahe Russlands Westgrenzen**

Eine strategische Drohne der US-Luftstreitkräfte RQ-4B-40 Global Hawk hat am Dienstagabend einen mehrstündigen Aufklärungsflug unweit der westlichen Grenzen Russlands absolviert. Dies folgt aus einer Mitteilung des Portals PlaneRadar, das via Twitter die Monitoring-Daten zu den Erkundungsflügen veröffentlichte.

Demnach war die Drohne mit der Bordnummer 04-2021 vom Nato-Luftstützpunkt Sigonella auf Sizilien gestartet. Um 17.50 Uhr MESZ soll die Maschine im Luftraum Litauens einen Aufklärungsflug in der Nähe der Grenzen zwischen dem Gebiet Kaliningrad und Weißrussland unternommen haben.

Ausländische Spionageflugzeuge, vor allem der Nato und der USA, führen regelmäßig Aufklärungsflüge entlang der russischen Grenzen aus und werden oft nahe den russischen Militärobjekten im Ausland gesichtet. Nicht selten müssen russische Abfangjets extrem nah an die Aufklärungsflugzeuge heranfliegen, um sie zur Umkehr zu bewegen. Das russische Verteidigungsministerium hat Washington wiederholt aufgefordert, von solcherart Operationen abzusehen. Das Pentagon weigert sich, dem nachzukommen. Allein im vergangenen Jahr hatten die russischen Luftstreitkräfte mehr als 980.000 Fluggeräte geortet und begleitet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31127/15/311271537.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. Juli 3:00 Uhr bis 3. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 31. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo jushnoje), Jasinowataja, Wasiljewka, Spartak, Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Alexandrowka, Dokutschajewsk, Besymennoje (Oktjabrj, Kominternowo, Katschkarskoje, Sosnowskoje, Sachanka, Patriotitscheskoje).**

Wie schon mitgeteilt wurde, erlitt durch Beschuss von Seiten der BFU ein Zivilist, geb. 1982, wohnhaft Roborowskij-Straße 10, zahlreiche Splitterverletzungen an Weichteilen, Gliedmaßen und Hals. Zudem wurde ein Brand in der Roborowskij-Straße 20 festgestellt. Außerdem wurden durch Beschuss von Seiten der BFU auf Sajzewo Brände an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

Lazis-Straße 14 und 16.

Außerdem geriet Jasinowataja unter Beschuss von Seiten der BFU. Im Ergebnis wurden Schäden an einer Gasleitung, Fassade, Dach und Fensterverglasung eines Hauses in der Jessenin-Straße 11 festgestellt.

Infolge von Beschuss der BFU auf Dokutschajewsk wurden ein Stromzähler in der Komsomolskaja-Straße 112/1 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 670.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 501.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Im Laufe eines Tages: Terroristen nehmen neun Orte in syrischer Provinz Latakia unter Beschuss**

Extremisten haben allein in den zurückliegenden 24 Stunden neun Ortschaften in der syrischen Provinz Latakia beschossen. Das sagte der Leiter des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, Generalmajor Alexej Bakin, bei einem Pressegespräch. „Tagsüber haben die Extremisten die Ortschaften Kara-Dshagez, Bsharfa, Qermal, Kinsibba, Nahshebba, Safsafa, Ikko, Sandjeka und Mamuhiyah in der Provinz Latakia unter Beschuss genommen“, sagte Bakin.

Wie er weiter ausführte, hätten Vertreter des russischen Versöhnungszentrums in den zurückliegenden 24 Stunden die Bewohner des Stadtviertels Salachin in Aleppo mit humanitären Hilfsgütern versorgt.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS/Daesh) in Syrien und im Irak verkündet. In einigen Regionen dieser Länder dauern noch Kämpfe gegen die Terroristen an. Die größte Aufmerksamkeit wird gegenwärtig der politischen Regelung, dem Wiederaufbau Syriens und der Rückkehr von Flüchtlingen gewidmet.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde haben die BFU heute um 6:45 Uhr **Kominternowo** beschossen.

Dabei wurde ein Stromleitung in der Tschernjachoswkij-Straße 2 beschädigt. Die Ortschaft hat derzeit keinen Strom.

Außerdem wurde in der Achmatowa-Straße 27 ein nicht detoniertes 120mm-Mörsergeschosse gefunden.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Bolivien an Kauf russischer Waffen interessiert – Präsident Morales**
Bolivien ist am Kauf von russischen Waffen interessiert und erwägt die Möglichkeit, amerikanische Übungsflugzeuge vom Typ T-33 durch russische Muster zu ersetzen. Dies sagte der Präsident des Landes, Evo Morales, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

„Ja, besonders laut einer Erklärung der Luftstreitkräfte gibt es großes Interesse am Erwerb der russischen Militärtechnik sowohl im Luftbereich als auch im Bereich der Bereitstellung von Dienstleistungen. Es gibt eine (gemeinsame) Kommission, die tätig ist, und wir hoffen darauf, dass die Übergabe von Technologien gute Ergebnisse zeitigen wird“, antwortete Morales auf die Frage, ob Bolivien am Kauf russischer Waffen interessiert sei.

„Beispielweise haben wir voriges Jahr aufgehört, das Übungsflugzeug T-33 zu nutzen, und nun bitten mich die Luftstreitkräfte, sie (die amerikanischen Maschinen – Anm. d. Red.) durch russische Flugzeuge zu ersetzen“, fügte der Präsident hinzu.

Er betonte dabei, dass es viel Vertrauen in die russische Technik gebe.

Bolivien Präsident soll am 11. Juli Moskau besuchen und sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32115/25/321152502.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 7:20 Uhr **Sajzewo** beschossen. Dabei wurde das Haus in der Brusilow-Straße 17 beschädigt und geriet in Brand. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Sea-Watch-Kapitänin hat Italien verlassen und befindet sich an unbekanntem Ort**

Die deutsche Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete hat Italien verlassen und befindet sich an einem unbekanntem Ort. Dies teilte der Sprecher der Hilfsorganisation Sea-Watch, Ruben Neugebauer, gegenüber der Nachrichtenagentur AFP am Mittwoch mit.

Aufgrund der zahlreichen Drohungen gegen die Kapitänin werde ihr Aufenthaltsort nicht bekanntgegeben.

Zuvor hatte dpa gemeldet, die freigelassene Kapitänin der „Sea-Watch 3“ befinde sich nach Angaben der deutschen Hilfsorganisation an „einem sicheren Ort“.

„Wir wollen, dass sie in Sicherheit ist und dass sie erstmal nicht belagert wird“, sagte Sprecher Ruben Neugebauer.

„Sie wird jetzt erst mal schlafen.“

Ein Gericht in Sizilien hatte am Dienstag den Hausarrest gegen Rackete aufgehoben. Die Untersuchungsrichterin hatte gestern erklärt, die Kapitänin habe nur ihre Pflicht erfüllt, Menschenleben zu schützen. Italiens Innenminister Matteo Salvini äußerte sich verärgert über die Entscheidung.

Die italienischen Justizbehörden hatten zuvor den Arrest gegen Rackete angeordnet, weil sie mit dem Schiff „Sea-Watch 3“ und 41 Flüchtlingen an Bord ohne Genehmigung im Hafen von Lampedusa angelegt hatte. Die Staatsanwaltschaft Sizilien leitete daraufhin Ermittlungen wegen des Verdachts der Unterstützung von Menschenhändlern ein. Italien lässt nur Schiffe mit Flüchtlingen anlegen, wenn es Länder gibt, die diese aufnehmen.

Carola Rackete, die deutsche Kapitänin des Flüchtlings-Rettungsschiffs „Sea-Watch 3“, wurde nach dem Anlegen im Hafen der italienischen Insel Lampedusa festgenommen. Der 31-Jährigen wurde vorgeworfen, sich einem Kriegsschiff widersetzt zu haben, das sie daran hindern wollte, anzulegen. Damit drohten ihr Medienberichten zufolge bis zu zehn Jahre Haft. Rackete hatte nach Angaben der Hilfsorganisation Sea Watch am frühen Samstagmorgen ohne Erlaubnis im Hafen festgemacht.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32536/04/325360422.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 10.47 Uhr das Feuer aus Richtung Nowoselowka Wtoraja in Richtung **Wasiljewka** mit Granatwerfern sowie Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke. Im Zusammenhang mit der Gefahr für Leben und Gesundheit war das Personal gezwungen, in den Schutzraum zu gehen.

de.sputniknews.com: **Nach Einfahrt ins Schwarze Meer: Nato-Schiffe unter Visier russischer Militärs**

Russische Militärs beobachten den britischen Zerstörer „HMS Duncan“ und die kanadische Fregatte „HMCS Toronto“, die am Dienstag ins Schwarze Meer eingelaufen sind. Dies teilte das nationale Zentrum für die Leitung der Verteidigung Russlands mit.

„Die Kräfte und Mittel der Schwarzmeerflotte haben begonnen, das Vorgehen des britischen Zerstörers ‚Duncan‘ und der kanadischen Fregatte ‚Toronto‘ zu beobachten, die am 2. Juli in das Schwarze Meer eingelaufen sind“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Demnach werden die Nato-Schiffe von den russischen U-Bootjägern „Kassimow“ und „Pytliwy“ kontrolliert. In den zugewiesenen Gebieten werden Schiffsabwehrsysteme „Bal“ und „Bastion“ sowie Flugzeuge der Marineflieger im Einsatz sein.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31829/55/318295567.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Ab 7. Juli: Iran will mehr Uran anreichern**

Laut dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani beabsichtigt der Iran, die im Atom-Deal vereinbarte Mengengrenze für angereichertes Uran ab dem 7. Juli zu überschreiten und so viel Uran anzureichern, wie das Land es für notwendig hält.

„Am 7. Juli wird die Urananreicherung nicht mehr bei 3,67 Prozent liegen. Wir werden die Erfüllung dieser Verpflichtung beiseitelegen und diese 3,67 Prozent auf das Niveau anheben, das wir brauchen, sagte Rouhani. Ein Auszug aus seiner Rede ist auf dem Telegram-Kanal des iranischen Staatsfernsehens veröffentlicht.

Laut dem Atom-Deal darf der Iran maximal 130 Tonnen schweres Wasser und 300 Kilogramm um 3,67 Prozent angereichertes Uran besitzen. Überschüssige Mengen müssen exportiert werden

Zuvor hatte die Internationale Atomenergiebehörde bestätigt, dass der Iran die Obergrenze seiner zulässigen Vorräte von 300 Kilogramm überschritten habe.

Am 8. Mai, ein Jahr nach dem Rückzug der USA aus dem Atomdeal, hatte der Iran angekündigt, wegen der US-amerikanischen Handlungen die Umsetzung mehrerer vom gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) von 2015 vorgesehener Vereinbarungen auszusetzen.

Teheran führte dies darauf zurück, dass die USA gegen das Atomabkommen verstoßen und Sanktionen gegen den Iran verhängt hatten. Auch warf es den anderen Ländern, die den JCPOA unterzeichnet hatten – also Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China und Russland –, vor, dass sie unfähig seien, die aufgetretenen Probleme angemessen zu lösen. In diesem Zusammenhang setzte Teheran diesen Ländern eine Frist von 60 Tagen, damit sie die Interessen des Irans wahren könnten. Dabei versprach das Land, die Erfüllung der ausgesetzten Verpflichtungen wiederaufzunehmen, wenn es den JCPOA-Staaten gelingen würde, die sich aus den US-Handlungen ergebenden Probleme zu lösen.

Außerdem gab der Iran bekannt, er werde auf die Umstellung des Schwerwasserreaktors bei Arak verzichten, wenn die Parteien des Atomabkommens ihren Verpflichtungen nicht nachkommen würden. Das Land werde den Reaktor auf einen Stand bringen, der es ermöglichen würde, Plutonium zu produzieren.

„Was den Reaktor in Arak betrifft, (...) werden wir ihn auf den früheren Stand zurückbringen, also auf einen, der aus der Sicht eurer (der westlichen) Länder gefährlich ist und es ermöglicht, Plutonium zu produzieren“, so der iranische Präsident Hassan Rouhani.

Zuvor hatte der Iran erklärt, er fühle sich nicht dazu verpflichtet, die Vereinbarungen hinsichtlich der Aufbewahrung der Vorräte an schwach angereichertem Uran einzuhalten. Sergej Rjabkow, der Vizeaußenminister Russlands, sagte diesbezüglich, dass dieser Schritt Teherans keine Überraschung sei, da die 300-Kilogramm-Grenze sich auf die Kategorie der freiwilligen, vom JCPOA vorgesehenen Verpflichtungen des Irans beziehe.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32228/15/322281521.jpg>

dan-news.info: „**Dokutschajewsk und Jelenowka sowie eine Reihe von Ortschaften auf der ukrainischen Seite haben derzeit kein Wasser** wegen des Stillstands der Welikoanadolskij-Filterstation“, teilte der Direktor der Abteilung für Kommunalwirtschaft des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Denis Tschuprina mit. Die Filterstation liegt auf dem von Kiew kontrollierten Territorium. Nach den Worten Tschuprinas laufen dort Arbeiten zum Anschluss von Transformatoren. Die Reparatur soll im Laufe des Tages abgeschlossen sein.

de.sputniknews.com: **Medien melden internes Putin-Rutte-Gespräch bei G20-Gipfel: Kreml bestätigt**

Einige Medien haben am Mittwoch über ein internes Gespräch zwischen dem russischen Staatschef Wladimir Putin und dem niederländischen Premier Mark Rutte im Rahmen des G20-Gipfels geschrieben. Nun hat Kreml-Sprecher Dmitri Peskow diese Medienberichte kommentiert.

Laut Peskow hat Putin mit Rutte beim G20-Gipfel tatsächlich den MH17-Absturz über der Ostukraine im Jahr 2014 kurz erörtert.

„Ich kann dieses Gespräch bestätigen. Dies war eine sehr kurze Begegnung auf den ‚Beinen‘ (quasi im Gehen), am Rande des Gipfels. Neben dem niederländischen Premier hat Putin solche Gespräche mit fast allen Teilnehmern dieses Gipfels gehabt“, sagte Peskow.

„Es wurde tatsächlich die Frage der Position des Präsidenten, der Position der russischen Seite angeschnitten. Sie ist äußerst klar, sie ist konsequent und basiert natürlich darauf, dass die Ermittlung, die ohne Beteiligung der Russischen Föderation erfolgt, kaum wahrgenommen wird. Diese Thesen werden stets auf verschiedenen Ebenen unseren Visavis in den Niederlanden und anderen Ländern übermittelt“, fügte der Sprecher hinzu.

Am Montag hatten die niederländischen Medien mitgeteilt, dass der Ministerpräsident der Niederlande, Mark Rutte, am Rande des G20-Gipfels am 28. und 29. Juni im japanischen Osaka mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin den Absturz der Malaysia-Airlines-Maschine Boeing 777 über der Ukraine besprochen habe.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 im damals heftig umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der von Amsterdam nach Kuala Lumpur fliegenden Verkehrsmaschine, darunter 85 Kinder, kamen ums Leben. ...

Russland, das von der Untersuchung ausgeschlossen blieb, beklagt, dass die Ermittler seine Argumente und Daten ignoriert hätten.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.07.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von 14 Ortschaften der Republik beschossen, es wurden 50 Artilleriegranaten, davon 18 des Kalibers 152mm, sowie 126 Mörsergeschosse, davon 88 des Kalibers 120mm, abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer Poljakows aus der 53. Brigade **Sajzewo Jushnoje** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57., 24. und 35. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Mischantschuk, Guds und Palas **Jasinowataja, Spartak, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Wasiljewka, Krutaja Balka** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 120- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. und 40. Brigade auf Befehl der Kriegsverbrecher Gnatow und Lawrienko ein weiteres Mal mit 152mm- und 122mm-Artillerie die Gebiete **Patriotitscheskoje, Katschkarskoje und Kominternowo** und außerdem mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen **Oktjabrj, Sosnowskoje und Sachanka** beschossen.

Infolge des Beschusses von Jasinowataja durch die BFU wurde ein Gebäude in der Jesenin-Straße 11 beschädigt. Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU betrug 31.

Heute Morgen wurde infolge von Mörserfeuer der ukrainischen Strafruppen auf eine Stromleitung die **Stromversorgung von Kominternowo unterbrochen**, außerdem wurde infolge des Einsatzes von **Schützenpanzerwaffen mit Brandmunition** durch den Gegner auf Sajzewo ein Wohnhaus in der Brusilow-Straße 17 in Brand gesetzt.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Der Leiter des Generalstabs Chomtschak hat einen Bericht über Verletzungen von Soldaten in der OOS-Zone erhalten. Bemerkenswert ist, dass alle Verletzten individuelle Schutzausrüstungen trugen, die die erlittenen Verletzungen garantiert hätten verhindern müssen. Außerdem entsprechen die Daten über Verluste der Zahl der abgeschriebenen Schutzwesten, was bei der höchsten Führung Verdacht hervorrief. Um zu diesen Sachverhalten eine Untersuchung durchzuführen, wurde eine komplexe Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, zuständig für Raketenartilleriebewaffnung und rückwärtigen Dienst, in die OOS-Zone geschickt.

Von einer Quelle aus dem Stab der OOS wurde auch bekannt, dass die negative Einstellung des ukrainischen Kommandos gegenüber Freiwilligen, deren Tätigkeit in den Einheiten der BFU an der vorderen Linie immer häufiger zum Durchsickern geheimer Informationen führt, zugenommen hat. Besondere Beunruhigung beim Kommando rufen von Freiwilligenorganisationen in sozialen Netzwerken veröffentlichte Mitteilungen über die geringe Qualität der Lebensmittel, die nicht zufriedenstellenden Lebensbedingungen der Soldaten sowie Mitteilungen über nicht kampfbedingte Verluste, die nur für die oberste militärische Führung des Landes ein Geheimnis sind, hervor.

de.sputniknews.com: **Im zweiten Anlauf gewählt: Italiener Sassoli wird neuer Präsident des EU-Parlaments**

Der italienische Sozialdemokrat David Sassoli ist zum neuen Präsidenten des Europaparlaments gewählt worden.

Der Sozialdemokrat wurde in Straßburg von einer Mehrheit der Abgeordneten für die

nächsten zweieinhalb Jahre gewählt. Sassoli setzte sich im zweiten Wahlgang mit 345 Stimmen gegen drei andere Kandidaten durch. Nötig waren mindestens 334 Stimmen. Die deutsche Grüne Ska Keller, die sich ebenfalls als Präsidentin des Parlaments beworben hatte, bekam 119 Stimmen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32537/34/325373423.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt.

Das Kommando der OOS verstärkt weiter die Gruppierung von Kräften und Mitteln an der Kontaktlinie.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von drei britischen Panzertransportern „Saxon“ in Nowotoschkowskoje festgestellt.

Außerdem wurde im Gebiet dieser Ortschaft die Ankunft von zwei Artilleriemörsergeschützen „Nona-C“ der 14. Brigade festgestellt.

Aus Informationen unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ wurden **weitere nicht kampfbedingte Verluste in der 25. Luftlandebrigade** bekannt.

Am 2. Juli schoss bei praktischen Schießübungen mit Schusswaffen im 1. Bataillon der 25. Brigade auf einem Übungsplatz im Gebiet von Dmitrowka infolge von Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen ein Soldat der Brigade ohne Befehl in den Feuerbereich, während sich dort Soldaten, die Schießübungen durchführten, sich im Zielfeld befanden. Dadurch starb ein Soldat der Brigade, zwei wurden verletzt. Zur Durchführung von Ermittlungen befindet sich eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes in der Brigade.

Die Personalausstattung der 54. und 14. Brigade beträgt derzeit 56% bzw. 63%. Diese Situation ist durch das ständige Anwachsen der nicht kampfbedingten Verluste sowohl unter dem normalen Personal als auch den Offizieren bedingt. In dieser Woche gab es in der 54. Brigade zwei Selbstmorde und eine Verletzung infolge eines Konflikts nach Alkoholgenuss. Die Situation wird durch das geringe moralisch-psychischen Niveau der Soldaten verschlechtert, das in erster Linie durch die Angst vor der Beteiligung an der Strafoperation und dem Unwillen, friedliche Einwohner des Donbass zu töten, bedingt ist. Die Zahl derjenigen, die ihre Verträge nicht verlängern wollen, wächst kontinuierlich. Im letzten halben Jahr weigerten sich in diesen Brigaden 365 Soldaten, deren Verträge ausliefen, den Dienst fortzusetzen.

de.sputniknews.com: **Putin unterzeichnet Gesetz über Aussetzung des INF-Vertrages**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Mittwoch ein Gesetz über die Aussetzung des INF-Abrüstungsvertrags zwischen Russland und den USA unterzeichnet.

In dem entsprechenden Dokument heißt es: „Der Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beseitigung ihrer Kurz- und Mittelstreckenraketen, der in der Stadt Washington am 8. Dezember 1987 unterzeichnet wurde, ist (hiermit – Anm. d. Red.) auszusetzen.“

Der russische Staatschef hat nach der Unterzeichnung der Gesetzes noch einmal darauf verwiesen, dass alle Vorschläge der Russischen Föderation bezüglich der Abrüstung im Bereich der Kurz- und Mittelstreckenraketen nach wie vor „auf dem Tisch bleiben und die Türen offen sind“.

Der zwischen den USA und der damaligen UdSSR geschlossene Abrüstungspakt sieht die Abschaffung aller bodengestützten, nuklear bestückbaren Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern vor.

Washington hatte die Einhaltung der Verpflichtungen zum INF-Vertrag ab dem 2. Februar 2019 mit der Begründung ausgesetzt, dass Russland systematisch die Vertragsbedingungen verletze. Moskau wies die Anschuldigungen als aus der Luft gegriffen zurück und forderte von den USA, ihre Vorwürfe mit konkreten Fakten zu untermauern.

Gleichzeitig hatte der Kreml immer wieder betont, die Handlungen des Weißen Hauses hinsichtlich des Abrüstungsvertrags nicht unbeantwortet zu lassen.

Nachdem die USA die Einhaltung der Verpflichtungen zum INF-Vertrag ab dem 2. Februar dieses Jahres ausgesetzt hatten, setzte auch Russland als Antwort darauf seine Teilnahme an dem bilateralen Vertrag über die Vernichtung von nuklearen Mittelstreckensystemen seinerseits aus.

Im Zusammenhang mit der weiteren Strategie Russlands in dieser Problematik machte Putin mehrfach deutlich, dass der russische Staat in ein kostspieliges Wettrüsten nicht hineingezogen werden sollte und auch nicht hineingezogen werden würde.

Aus Regierungskreisen in Moskau hieß es zuvor außerdem, dass die USA sich seit fast 20 Jahren de facto nicht mehr an den Abrüstungsvertrag halten würden.

Dan-news.info: „Derzeit sind über das System der elektronischen Warteschlagen für Termine in Filialen des Migrationsdienstes etwa 9000 Einwohner registriert, die DVR- oder RF-Pässe erhalten wollen“, teilte die „Post des Donbass“ mit.

de.sputniknews.com: Aus Worten werden Taten: Russland, China und Europa verbannen Dollar aus dem Handel

Natalja Dembinskaja

Russland und China haben das Regierungsabkommen über Zahlungen in Nationalwährungen perfekt gemacht. Europa startet den INSTEX-Mechanismus, der den Handel mit dem Iran unter Umgehung von US-Sanktionen ohne Verwendung des Dollars ermöglicht. Wie die Abkehr von der US-Währung zunehmend Konturen annimmt – das lesen Sie in diesem Artikel.

Vor genau einem Jahr erklärten die Wirtschaftsexperten der Weltbank, dass der Prozess der Entdollarisierung in der Welt eingeleitet wurde und nicht mehr zu stoppen ist. Analysten sagten damals, dass Russland den US-Dollar aus dem Zahlungsverkehr ausschließen könnte, vor allem im Handel mit China, seinem großen Handelspartner.

Dollar ruinieren

Der Übergang zum Handel in den Nationalwährungen wurde zwischen Moskau und Peking bereits im Dezember 2014 beschlossen. Seit der Zeit treten russisch-chinesische Abkommen über direkten Handel in Rubel ohne Teilnahme der Banken der USA, Großbritanniens und der EU in Kraft.

Allerdings war der Fortschritt bislang bescheiden – im vergangenen Jahr stieg der Anteil des Euro bei Zahlungen um das Doppelte, während der Dollar-Anteil um weniger als zwei Prozent sank.

Auf Rubel entfallen bislang rund zehn Prozent. Doch in den kommenden Jahren soll diese Kennzahl um das Fünffache steigen. Anfang Juni unterzeichneten der russische Finanzminister Anton Siluanow und der Vorsitzende der Chinesischen Volksbank, Yi Gang, ein Abkommen über die Schaffung eines neuen Zahlungssystems, das „eine Schleuse zwischen dem russischen und chinesischen Analogon von SWIFT sein wird“.

SWIFT ist ein internationales Banksystem der Übergabe von Finanzangaben. Dem russischen Analogon „System zur Übergabe von Finanzmitteilungen“ schlossen sich nach Angaben der Zentralbank zum 1. Juni 398 russische Unternehmen und Banken sowie die weißrussische Belgasprombank an. In China funktioniert das System CIPS, dem sich einige russische Banken angeschlossen haben, wie die Zentralbank Ende März berichtete.

Das System des Zahlungsverkehrs in Nationalwährungen soll zum Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden und vor allem die größten russischen Öl- und Gasunternehmen sowie Agrarproduzenten umfassen.

Moskau und Peking sind wegen der Gefahr verschärfter Wirtschaftssanktionen Washingtons in Eile. Allein im vergangenen Jahr wurden im Kongress zehn Gesetzentwürfe eingebracht, die ein breites Spektrum antirussischer Strafmaßnahmen vorsehen – vom Verbot von Investitionen in Staatsanleihen bis zur Abschaltung der Staatsbanken von SWIFT.

Da rund 42 Prozent der Transaktionen in SWIFT in US-Dollar erfolgen, ist es eine starke Waffe Washingtons. Der Ausschluss von SWIFT würde der russischen Wirtschaft große Probleme bereiten – von Kapitalflucht bis zum Rückgang des Rubel-Kurses und dem Anstieg der Kreditsätze.

Die Zeitung „Financial Times“ schreibt, dass das aggressive Vorgehen Washingtons Russland und China dazu bewegt, die US-Währung unter Druck zu setzen, was schlecht ausgehen könnte. Der neue Zahlungsmechanismus würde nicht nur vor Sanktionsdruck schützen, sondern auch den Status des US-Dollar als wichtigste Reservewährung in Zweifel stellen.

INSTEX als Bedrohung

Auch Europa verringert seine Abhängigkeit von den USA. Trotz der drohenden Sanktionen Washingtons kauft die EU weiterhin iranisches Öl, wobei die Lieferungen nicht in Dollar, sondern in Euro bezahlt werden.

Die Umgehung der US-Sanktionen ist mithilfe des Mechanismus INSTEX geplant, dessen Start von Großbritannien, Frankreich und Deutschland in der vergangenen Woche angekündigt wurde. Seit dem 28. Juni ist dieser Mechanismus für alle EU-Länder zugänglich, demnächst können ihn auch Unternehmen aus anderen Ländern nutzen.

INSTEX ermöglicht den Warenaustausch ohne Geldüberweisung zwischen Unternehmen im Iran und in der EU. Teheran kann de facto weiterhin Öl und andere Waren an Europa liefern. Das Geld dafür wird INSTEX nicht an die iranischen Banken, sondern an europäische Unternehmen überweisen, die Waren in den Iran exportieren.

Bislang handelt es sich dabei um Medikamente, medizinische Ausstattung und Agrarerzeugnisse. Doch mit der Zeit wird sich das Spektrum der Waren erweitern.

INSTEX war seit dem vergangenen Jahr in Vorbereitung. Beobachtern zufolge ist es die erste ernsthafte Bedrohung für den US-Dollar seit der Konferenz von Bretton-Woods, als die US-Währung ihre Dominanz in der Weltwirtschaft erhielt. Jetzt sind sich Experten darin einig, dass INSTEX den Bestrebungen der USA, die globale Wirtschaftsordnung unter Kontrolle zu nehmen, einen Schlag versetzen werde, denn nicht nur Europa könnte sich vom US-Dollar befreien, sondern jedes Land, das sich nicht an das Sanktionsregime Washingtons halten will. Es ist nicht verwunderlich, dass Washington versucht, die Europäer zum Verzicht auf dieses Projekt zu zwingen, indem allen Teilnehmern mit Sanktionen gedroht wird. Wie Bloomberg unter Berufung auf ein Schreiben des stellvertretenden US-Finanzministers Sigal Mandelker berichtet, werden Offizielle, die an INSTEX beteiligt sind, aus dem Finanzsystem der USA ausgeschlossen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32537/42/325374257.jpg>

dan-news.info: **Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit der allgemeinen Aktion „Wahl des Donbass“**

Wladimir Selenskij hat mehrfach erklärt, dass seine vorrangige Aufgabe als Präsident der Ukraine die friedliche Regelung des Konflikts im Donbass ist. Aber seine derzeitigen Handlungen entsprechen absolut nicht den Versprechungen, die er dem ukrainischen Volk gegeben hat.

Statt mit einer konsequenten Realisierung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung des Minsker Vereinbarungen zu beginnen, setzt Selenskij die Politik Poroschenkos in ihren schlimmsten Erscheinungen fort – friedliche Ortschaften der DVR fühlen die zunehmenden Beschießungen von Seiten der Artillerie der ukrainischen Streitkräfte, er erklärt offen einen Informationskrieg gegen die Bevölkerung des Donbass.

Selenskij hört nicht auf die Meinung seines Volkes: Ukrainische Umfragen zeugen davon, dass die Menschen den Krieg leid sind und seine Beendigung wollen, mehr als die Hälfte von ihnen haben sich für direkte Verhandlungen mit den Staatsoberhäuptern der Republiken ausgesprochen.

Danach ist es nicht verwunderlich, dass Selenskij noch weniger auf die Stimme der Einwohner des Donbass hört, die von der Aktivierung der Beschießungen ermüdet sind und ihm scharfe Fragen im Format von Videoansprachen stellen.

Im Internet kann man leicht hunderte von Videos finden, die von Einwohnern der DVR aufgezeichnet wurden, mit Forderungen, dem Donbass einen besonderen Status und das Recht zur Integration mit Russland zu geben. In jedem von ihnen ist der Aufruf zu hören, die Schuldigen an den Kriegsverbrechen zu bestrafen, den Beschuss einzustellen und die Wirtschaftsblockade aufzuheben, den Bürgern die Rechte zurückzugeben, die die vorhergehende Regierung unter Poroschenko mit Füßen getreten hat. Schon mehr als 500.000 Menschen haben diese Initiative unterstützt, mit jedem Tag wächst ihre Zahl.

Die Forderungen unserer Bürger, die auf den Prinzipien von Recht und Moral gründen, sind nichts anderes als ein Streben zum Frieden, dass natürlich nicht nur ich, sondern auch meine Kollegen aus den Staatsorganen der Republik unterstützen. Ich schliesse mich der Aktion an und rufe alle Einwohner auf, ihre Fotos auf die Seite „Wahl des Donbass“ zu stellen“ Unser Ziel ist es, Kiew zu zwingen, die gesetzlichen Rechte des gesamten Donbass anzuerkennen!

de.sputniknews.com: **Schoigu zu U-Boots-Unglück in Barentssee: Seeleute agierten heldenhaft**

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat Details zum tödlichen Unfall mit einem

wissenschaftlichen Tiefsee-U-Boot vom Montag in der Barentssee offenbart. Die Tragödie hatte 14 Tote gefordert.

Der Minister traf am Dienstag in der Nordflottenbasis Seweromorsk ein, um Berichte über das Geschehene entgegenzunehmen und den Angehörigen der Opfer seine Unterstützung zu bezeugen.

„Die U-Bootfahrer agierten heldenhaft in einer kritischen Situation. Aus einer vom Feuer erfassten Abteilung haben sie einen Zivilisten – einen Mitarbeiter der Industriebranche – als ersten gerettet und die Luke hinter ihm dichtgemacht, um eine weitere Ausbreitung des Feuers im ganzen Tiefwasserapparat zu verhindern. Sie kämpften bis zum Ende um die Schiffssicherung“, sagte der Minister in einer Beratung in Seweromorsk.

Die Seeleute hätten „um den Preis ihres Lebens eine schwierige Aufgabe erfüllt, indem sie den Brandherd löschten und ihre Kameraden und den Tiefwasserapparat retteten“, so Schoigu.

„Sieben der Gestorbenen waren Kapitäne zur See und weitere drei Korvettenkapitäne. Zwei von ihnen trugen den Titel ‚Held Russlands‘. Alle gestorbenen Offiziere werden zur staatlichen Auszeichnung vorgeschlagen“, so der Minister.

Er würdigte die gestorbenen Seeoffiziere als wertvolle Militärfachleute und hochkarätige Profis, die wichtige wissenschaftliche Arbeiten zur Erforschung der Hydrosphäre der Erde durchgeführt hätten.

„Das Verteidigungsministerium wird ihren Familien die notwendige Hilfe und Unterstützung erweisen“, so Schoigu.

Wie zuvor aus der Behörde verlautet war, dürfen zu dem Geschehenen keine ausführlichen Informationen veröffentlicht werden. Sie würden nämlich als Staatsgeheimnis gelten.

Laut Medienberichten war das Feuer bei bathymetrischen Vermessungen ausgebrochen. Die Seeleute seien darum bemüht gewesen, eine Ausbreitung des Feuers zu verhindern, und seien an einer Rauchvergiftung gestorben. Laut dem Verteidigungsministerium wurde der Feuerherd dank der selbstlosen Handlungen der Besatzung gelöscht.

Dnr-online.ru: In der letzten Nacht gab es durch das Feuer der Kiewer Truppen Schäden an der Elektroinfrastruktur von Gorlowka, Donezk, Debalzewo und des Nowoasowskij-Bezirks.

Bis 14 Uhr waren bereits 3647 Haushaltsverbraucher und zwei Schulen wieder an den Strom angeschlossen worden, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit. Dies betrifft Saitschenko, Kominternowo und Nowaja Tawrija sowie den Kirowskij-Bezirk von Donezk, in welchem allein 2000 Verbraucher betroffen waren, und Gorlowka mit 1397 Verbrauchern und zwei Schulen.

Zurzeit läuft die Wiederinbetriebnahme des Gehöfts Molotschnyj bei Debalzewo.

Die Spezialisten der „Regionalen Energielieferungsgesellschaft“ können bisher nicht mit der Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung für die Einwohner von Krasnyj Partisan beginnen. Nach einem Beschluss der Energietechniker während der Reparaturarbeiten an der Unterstation „Rasdolnaja“ durch die Kiewer Truppen am 26. Juni ignoriert die ukrainische Seite vollständig die Anfragen der Energietechniker der DVR nach der Vereinbarung von Sicherheitsgarantien, die über das GZKK eingereicht wurden.

de.sputniknews.com: „Militärs Russlands und der USA unterhalten Kontakte zu Syrien“ - Lawrow

Die Militärs Russlands und der USA unterhalten laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Kontakte zu Syrien.

„Zwischen den Militärs Russlands und der USA funktioniert der so genannte Kanal für Dekonflikting, über den ein Informationsaustausch erfolgt, um unabsehbare und unabsichtliche Zwischenfälle zu vermeiden“, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz, die nach Abschluss seines Treffens mit dem Generalsekretär der Organisation für islamische

Zusammenarbeit (OIC), Yousef bin Ahmed Al-Othaimen, in Moskau stattfand. So beantwortete Lawrow die Frage, ob die USA Russland über einen Luftangriff auf die Stellungen der Terrororganisation Al-Qaida im Nordwesten Syriens informiert hätten. Laut dem russischen Chefdiplomaten begreifen die USA die anhaltenden Gefahren des Terrorismus auf syrischem Territorium, besonders am östlichen Euphrat-Ufer. Die USA besetzten illegitim diesen Teil Syriens und unternehmen Handlungen, die nicht ganz der Logik zur Bekämpfung des Terrorismus entsprächen, so Lawrow.

Wie Lawrow weiter betonte, soll der Anti-Terror-Kampf ohne jegliche Doppelstandards und auf dem syrischen Staatsgebiet in Übereinstimmung mit der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates erfolgen. Dieser Kampf müsse kompromisslos sowohl am östlichen Euphrat-Ufer als auch in der Deeskalationszone Idlib sein.

Laut den Berichten des Zentralkommandos der Vereinigten Staaten (das United States Central Command CENTCOM) hatte die US-geführte Anti-Terror-Koalition einen Luftangriff auf die Stellungen von Al-Qaida im Westen der Provinz Aleppo, in dem nicht von der syrischen Regierung kontrollierten Territorium der Deeskalationszone Idlib, ausgeführt.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump am Rande des G20-Gipfels am 28. und 29. Juni im japanischen Osaka die Situation im Iran, in Syrien, Venezuela und in der Ukraine besprochen.

Dnrsovet.su: Am 2. Juli fand eine Sitzung einer Arbeitsgruppe des Komitees des Volkssowjets für Landwirtschaft und Bodenressourcen statt, die der Erörterung des Entwurfs eines Bodenkodex der DVR gewidmet war.

An der Veranstaltung nahmen Vertreter des staatlichen Komitees für Bodenressourcen, der Generalstaatsanwaltschaft, des Obersten Gerichtshofs, des Landwirtschaftsministeriums teil. Die Ergebnisse der Sitzung fasste der Vorsitzende des Komitees Walerij Skorochodow zusammen.

„Die Bodengesetzgebung bezieht sich traditionsgemäß auf die Branchen, auf deren Zustand sich die politischen, ökonomischen und ideologischen Veränderungen in der Gesellschaft am stärksten auswirken. Wir sind daran gewöhnt, dass das grundlegende Ziel der rechtlichen Regelung der Bodenbeziehungen die Stärkung des Instituts des Rechts an Privateigentum an Boden ist. Aber heute ist die Notwendigkeit aufgekommen, einen solchen Rechtsmechanismus festzulegen, der die Interessen des Staates, der Gesellschaft und von Privatpersonen in Übereinstimmung bringt...“, sagte der Abgeordnete.

abends:

de.sputniknews.com: Russland und China bereiten gemeinsame Arktis-Expedition vor

Das chinesisch-russische wissenschaftliche Arktis-Forschungszentrum hat eine gemeinsame russisch-chinesische Expedition in die Arktis für den Sommer 2020 geplant. Dies meldet die Zeitung „Iswestija“.

Auf dem Schiff werden 80 Forscher und 40 Crew-Mitglieder präsent sein. Die Experten haben eine Reihe Forschungen in der Barents- und Karasee, in der Laptewsee und in der Ostsibirischen See geplant. Im Rahmen der Expedition wollen die Wissenschaftler das Leben der Seetiere beobachten, den Zusammenhang zwischen der natürlichen Transformation der Arktis und der globalen Klimaerwärmung analysieren sowie versuchen, Empfehlungen zur Verbesserung der Bewegung über den Nördlichen Seeweg zu geben.

Es wird betont, dass die gesamte Dauer der Forschungsmission etwa zwei Monate ausmachen werde.

Zuvor war bekannt geworden, dass 2019 auf der Landkarte mehr als fünf kürzlich entdeckte Inseln in der Arktis auftauchen können, die erst nach der Prüfung durch Hydrographen als

offiziell entdeckt gelten würden. Die entsprechende Expedition ist für den August und September des kommenden Jahres geplant.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31953/65/319536561.jpg>

de.sputniknews.com: „Übergang zur multipolaren Weltordnung offensichtlich“ – Putin

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Mittwoch am Rande des in Moskau stattfindenden internationalen Forums „Entwicklung des Parlamentarismus“ seine Sichtweise auf eine zukünftige Ausrichtung der politischen Weltordnung kundgetan.

Demnach ist Putin der festen Überzeugung, dass der Übergang der politischen Weltordnung zur Multipolarität offensichtlich geworden sei. Allerdings wollen einige Länder diese „neue Realität“ offenbar nicht hinnehmen, was zu einer Zunahme der Konfrontation in der Welt führe.

So wird aufgrund dieses Umstandes laut dem russischen Staatschef das Völkerrecht wiederholt ignoriert und die strategische Stabilität in den internationalen Beziehungen untergraben. Zudem behindere dies die Kooperation zwischen den Staaten.

„Die moderne Welt braucht dringend eine solch breite Zusammenarbeit, einen offenen und freien Meinungs austausch, eine verstärkte Vertrauensbildung und die Suche nach gegenseitigem Verständnis“, stellte Putin fest.

Er fügte hinzu, dass die globale Agenda nicht nur viele große Herausforderungen, sondern auch echte Bedrohungen beinhalte, wobei die Antworten darauf nur dann wirksam sein würden, wenn sich die gesamte internationale Gemeinschaft dieser Bedrohungen bewusst sei. Die Frage nach einer neuen globalen Ordnung sowie nach dem Übergang zu einer multipolaren Weltordnung ist in Fachkreisen seit geraumer Zeit ein heiß diskutiertes Thema. Expertenmeinungen würden hierbei auch weit auseinander driften: Neben der Bi- und Multipolarität sei auch die unipolare politische Weltordnung unter Führung Washingtons weiterhin eine Option für die Zukunft.

Auf der politischen Weltbühne vertreten aktuell Russland und diverse andere Staaten die Ansicht, dass die vermeintliche Strategie der USA, die ganze Welt zum Geltungsbereich ihrer Politik zu machen, kontraproduktiv sei und letztendlich keinen Erfolg haben werde.

Bereits zuvor hatte Putin in diesem Zusammenhang erklärt, dass das universalistische Modell der Globalisierung in eine „Parodie, eine Karikatur von sich selbst“ ausarten werde.

Der Kreml vertritt die These (und das machte Putin mit seiner jüngsten Aussage nochmals deutlich), dass die moderne Weltordnung nicht mehr auf einem oder einer Vereinigung von zwei oder drei Staaten, auch nicht auf solch großen Ländern wie Russland, China und Indien beruhen könne.

Gleichzeitig sei eine Zusammenarbeit dieser Länder wichtig, da ihre Interessen zu vielen Aspekten in den globalen Fragen und in den internationalen Beziehungen übereinstimmen

würden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32537/51/325375147.jpg>